

PROTOKOLL ZUR 13. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 15.12.2008
Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 21:40 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Ursula Rodarius & Franziska Meinhardt
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über die Protokolle der 12. Sitzung des Mediationsforums am 17.11.2008
4. Berichte aus den Arbeitskreisen:
 - 4.1 AK „Kurzfristige Maßnahmen“ vom 11.12.2008
5. Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 5.1 Einbruch /Schäden am Lützowufer
 - 5.2 Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus
 - 5.3 Planungsstand Maybachufer
 - 5.4 Ergebnisse der Kernbohrungen
 - 5.5 Stand Geophysikalische Untersuchungsmethoden
 - 5.6 Masterplan-Gedanke
 - 5.7 Weiteres Berichtenswertes
- 6 Übersicht Interessensammlung
- 7 Fortgang des Verfahrens
- 8 Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen des 13. Mediationsforums zur letzten Sitzung im Jahr 2008.

Frau Voskamp wies darauf hin, dass sich folgende Teilnehmer/innen für diese Sitzung entschuldigt haben: Herr Leder, Frau Roterberg-Alemu, Herr Hiller, Frau Kielhorn, Herr Brückmann, Frau Kalepky, Herr Deitmar, Herr Loch, Herr Gödde, Herr Lücking, Herr Gersbeck. Frau Guttzeit hatte Bescheid gegeben, dass sie später kommen würde. Trotz Abwesenheit der genannten Personen seien die wichtigen Interessensgruppen in dieser Sitzung vertreten, stellten die Mediatoren fest.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp verlas die Tagesordnung, die von den Teilnehmer/innen des Forums anschließend ohne Änderung beschlossen wurde.

3. Beschluss über das Protokoll der 13. Sitzung des Mediationsforums am 17.11.2008

Das Protokoll der 12. Mediationssitzung wurde mit einigen Korrekturen vom Forum beschlossen.

4. Berichte aus den Arbeitskreisen

4.1 AK „Kurzfristige Maßnahmen“ vom 11.12.2008

Frau Voskamp stellte die Ergebnisse der 4. Sitzung des AK „Kurzfristige Maßnahmen“ vom 11. Dezember 2008 vor (siehe Protokoll der Sitzung).

Die aktuellen Baumaßnahmen zur Beseitigung der Baumsicherungen (Betonklötze) haben begonnen. Im Arbeitskreis wurde über das Einpressen der Bohlen, Möglichkeiten der Stückelung von Bohlen und den Schutz von Bäumen im Arbeitsraum diskutiert. Außerdem seien Möglichkeiten einer transparenten Kommunikation und eines wertschätzenden Umgangs miteinander besprochen worden.

Herr Scholz ergänzte, dass die Startbohlen in fünf von sechs Bereichen bereits stünden und dass diese nicht gestückelt werden könnten. Eine Halbierung von Bohlen sei möglich auf einer Länge von zwei bis drei Bohlen, ggf. auch über eine längere Strecke - hingegen sei eine Drittelung von Bohlen wenn überhaupt, dann nur über eine Länge von zwei bis drei Bohlen möglich. Es werde geprüft, inwiefern ein Verschieben der Startbohlen zum Zwecke des Baumschutzes im Einzelfall noch möglich sei. Auch könne aufgrund der statischen Bedingungen erst vor Ort eingeschätzt werden, wo eine Stückelung der Bohlen durchführbar sei. Derzeit werde eine Planung darüber erstellt, wo dies möglich wäre und ob nach zwei bis drei Drittelungen wieder eine ganze Bohle kommen muss oder auch eine halbierte reichen würde und ob dann wieder gedrittelt werden könne usw. Gefährdet seien vier Linden und eine Weide. Es ist vorgesehen, dass das WSA diese Prüfungsergebnisse in der nächsten Arbeitskreissitzung im Januar 2009 vorstellen wird.

Herr Appel berichtete, dass beim Einsetzen der Startbohle am Herkulesufer die Kastanie Nr. 82 stark beschnitten werden musste. Angesichts dieser Erfahrungen habe der eingebundene Baumgutachter, Herr Dr. Barsig, berichtet, dass bei den Linden am Tempelhofer Ufer möglicherweise ein Totalschaden zu befürchten sei, wenn man dort nach diesem Standardvorgehen verfahren würde. Im Arbeitskreis sei daher auch die Möglichkeit diskutiert worden, die Spundwand, die jeweils geradlinig in einem Abstand von 175 cm parallel zur Uferwand einzubringen geplant sei, zum Schutz der Bestandsbäume weiter vom Ufer in

Richtung Fahrrinne zu verschieben. Eine nautische und statische Prüfung werde derzeit durch das WSA durchgeführt.

Die Frage von Frau Kleimeier, ob die eingebrachten und möglicherweise gestückelten Bohlen auch für die endgültige Lösung verwendet werden können, bejahte Herr Scholz.

Frau Voskamp fuhr mit der Zusammenfassung fort: In einem Abstand von 1,75 m von der bestehenden Uferwand würden die Spundwände eingesetzt. Ein Rückschnitt der Bäume sei in einem Abstand von 1,25 m landeinwärts von der zu setzenden Spundwand aus gesehen erforderlich aus Gründen des Baumschutzes: Die Spundwandbohlen würden an einem Seil hängend eingesetzt werden; dabei müsse ein leichtes Lavieren der Bohlen einkalkuliert werden; damit die Bohlen bei Wind beispielsweise nicht unkontrolliert in die Baumkronen gedrückt würden und dort erhebliche Schäden anrichten könnten, sei ein Rückschnitt bis auf einen Abstand von 1,25 m erforderlich.

Herr Lingenauber befürchtete, dass bei möglichen Rückschnittmaßnahmen der Habitus der Bäume aus dem Blick geraten und eventuell Aspekte der Verkehrssicherheit zu sehr in den Vordergrund treten könnten. Er plädierte dafür, besonders darauf zu achten, dass entsprechend der jeweiligen Baumart eine vernünftige Krone des Baumes bewahrt würde und zugleich die Statik des jeweiligen Baumes gesichert werden müsse. Er betonte, diese Arbeiten nicht zu technisch zu betrachten, denn die unterschiedlichen Baumarten verträgen Schnitte jeweils unterschiedlich gut. Es müsse einerseits eine Einzelfallprüfung erfolgen, andererseits müssten Schnittmaßnahmen so erfolgen, dass die gestalterische Wirkung des Baumes gewahrt bleibe. Die Sicherstellung der Verkehrssicherheit in Bezug auf die Bäume sei seiner Ansicht nach Aufgabe der zuständigen Bezirke, nicht des WSA oder des Baumgutachters.

Frau Voskamp ergänzte daraufhin, dass im Arbeitskreis neben dem Baumgutachter Herrn Dr. Barsig die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg durch Frau Tonn und Charlottenburg-Wilmersdorf durch Frau Weigelt-Pilhofer vertreten gewesen seien und somit die erforderliche Fachkunde bezüglich des Umgangs mit dem Baumbestand involviert gewesen zu sein schien.

Frau Voskamp erläuterte, dass im Arbeitskreis außerdem verabredet worden sei, dass das WSA bei künftigen Baumaßnahmen am Landwehrkanal die Bauzeiten im Internet auf der Homepage des WSA veröffentlichen und einen Newsletter an die Forumsteilnehmer/innen verschicken werde.

Herr Appel erneuerte seine Befürchtung, dass die Kastanie Nr. 82 am Herkulesufer sehr stark beschnitten werden müsse, da auch eine Drittelung der Spundwand hier wohl nicht ausreichen werde, diese zu schonen. Er schlug vor, dass das Forum bereits jetzt einen Beschluss fassen solle, die Spundwand weiter in den Kanal in Richtung Fahrrinne zu verschieben, weil er befürchte, dass sonst adhoc-Maßnahmen durchgeführt werden müssten und diese nicht zugunsten der Kastanie ausfallen würden. Frau Riemer und Herr Scholz plädierten dafür, dass zuerst untersucht werden sollte, was statisch möglich sei, bevor ein Beschluss gefasst werde. Das Ergebnis der Untersuchungen werde im der 5. Sitzung des AK Kurzfristige Maßnahmen im Januar vorliegen. Das Forum schloss sich dieser Ansicht an.

Die Frage, ob es sich bei dem genannten Abstand von 1,75 m um die Mittelwasserlinie handle, bejahte Herr Scholz.

Herr Lingenauber erklärte mit Bezug auf die aktuell per Email versandte Information des Baumgutachters, Herrn Dr. Barsig, dass eine Pappel am Corneliusufer nach seinen Einschätzungen eine Gefahr darstelle und gefällt werden müsse. Er könne nicht verstehen, wie bei diesem stark geschädigten Baum noch über einen Rückschnitt gesprochen werden könne. Er bat das WSA, hier unter Zuziehung der Bezirke fachgerecht zu arbeiten. Herr Appel erläuterte, dass der genannte Baum erhalten werden könnte, da er vom

Baumgutachter als standsicher beurteilt worden sei und nach dessen Einschätzung einen hohen ökologischen Wert besitze. Das WSA ergänzte, dass für diese Pappel das Bezirksamt zuständig sei und diesem als Eigentümer auch die Verkehrssicherungspflicht obliege.

Frau Voskamp fasste zusammen:

- Das WSA prüft statisch und nautisch, inwieweit eine Abweichung vom Standardverlauf der zu setzenden Spundwände möglich sei und inwiefern eine Spundwandstückelung möglich wäre zugunsten von den fünf genannten gefährdeten Bäumen. Eine Vorstellung der Planung ist für die 5. Sitzung des AK „Kurzfristige Maßnahmen“ im Januar 2009 vorgesehen.
- Der angesprochene AK „Kurzfristige Maßnahmen“ wird dann ggf. eine Beschlussvorlage für das Forum, das am 26. Januar 2009 zu seiner 14. Sitzung zusammenkommen wird, vorbereiten.
- Zum Termin für die 5. Sitzung des AK „Kurzfristige Maßnahmen“ im Januar 2009 werden die Mediatoren rechtzeitig einladen.

Das Forum stimmte diesem Vorgehen zu.

5. Was gibt es Neues/Berichtenswertes

5.1 Einbruch / Schäden am Lützowufer

Frau Riemer informierte über die herausgebrochenen Gesimssteine am Lützowufer. Das WSA hat mit dem Nutzer vereinbart, dass er die Kosten für die Reparatur übernehmen und dass mit den Sicherungsmaßnahmen direkt begonnen werde. Der Grund für den Einbruch des Ufers entspricht dem am Maybachufer. Das Bauwerk sei marode, dies sei in den jeweiligen Untersuchungsprotokollen des WSA dokumentiert und nachlesbar.

5.2 Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus

Frau Voskamp berichtete, dass die BI wie in der 12. Forumssitzung besprochen die Aufgabenbeschreibung für die anzuschreibenden Ingenieurbüros über die Mediatoren an die ForumsteilnehmerInnen per Email verschickt habe. Verbesserungen, Ergänzungen, Anmerkungen können von den Teilnehmer/innen noch eingebracht werden, da das Schreiben noch nicht verschickt worden sei.

Frau Kleimeier bat darum, dass in der Aufgabenstellung neben dem Hinweis auf die Varianten von Plass ein Verweis auf ihre Varianten aufgenommen werde.

Frau Kayser gab zu bedenken, dass ein wichtiges Kriterium zur Auswahl der Büros sein sollte, dass diese Erfahrungen mit denkmalgeschützten Bauwerken vorweisen könnten, weil diese ihrer Ansicht nach geeigneter wären, um sensibel an die Aufgabenstellung heranzugehen. So könnten ihrer Ansicht nach am ehesten innovative Lösungen entwickelt werden.

Herr Dohna fügte hinzu, dass nach einer technischen Sanierungsvariante gefragt sei und nicht nach einer völligen Neuentwicklung.

Die BI wies darauf hin, dass das WSA letztlich über die Vergabe entscheiden würde. Grundsätzlich sei alles in der Aufgabenbeschreibung enthalten, was zu beachten sei. Eine zu starke Einengung von vornherein sollte vermieden und anstelle dessen besser ein möglichst großer Bewerberkreis zugelassen werden, um innovative Lösungen zu finden.

Das Forum diskutierte den Inhalt der Aufgabenstellung, die nach Auffassung vieler Teilnehmer/innen noch nicht hinreichend klar formuliert sei:

- Wie viele Varianten sollen entwickelt werden?

Frau Riemer berief sich auf den dazu vorliegenden Forumsbeschluss, der die Prüfung von einer Variante beinhaltete. Das WSA stelle dafür max. 50.000 € zur Verfügung.

- Wie weit soll ins Detail gegangen werden bei der Variantensuche?

Mehrere Teilnehmer/innen plädierten dafür, so weit ins Detail zu gehen, wie es zur Entwicklung einer umsetzbaren Lösung bedürfe. Letztlich müsse mit den Ergebnissen etwas anzufangen sein. Zudem solle mit den bereit gestellten Geldern sorgsam umgegangen werden.

- Sollen die Bewerberbüros über Erfahrungen mit denkmalgeschützten Bauwerken verfügen oder sollen sie sensibel sein für den Denkmalschutz?

Frau Kayser und Herr Lingenauber plädierten klar für Büros mit Referenzen im Bereich des Denkmalschutzes.

Herr Heitmann erklärte, dass es darum ginge, eine Lösung zu suchen, die von den Vorschlägen des Büro Plass noch nicht abgedeckt sei und dass die BI davon ausgehe, dass in der Leistungsbeschreibung, die sie vom WSA bekommen habe, alles dazu Nötige enthalten sei; er halte es nicht für sinnvoll, eine neue Leistungsbeschreibung zu entwickeln.

- Was passiert, wenn das gefundene Büro forscht und zu dem Ergebnis käme, dass es keine neue Variante gebe, die die Kriterien erfüllen würde? Wäre das Forum mit diesem Ergebnis einverstanden und würde das Büro dann Geld erhalten?

Im Allgemeinen stimmten die Forumsteilnehmer/innen zu, dass erbrachte Leistungen vergütet werden müssen und dass dies möglicherweise auch ein ernst zu nehmendes Ergebnis sein könnte. Herr Dohna forderte für einen solchen Fall eine genaue Begründung.

Frau Kleimeier entgegnete, dass kein Büro sich bewerben würde, wenn es keine neuen Ideen hätte und hielt diesen Fall für rein hypothetisch.

- Wäre das WSA bereit, ein kleines „Konkurrierendes Verfahren“ durchzuführen, d.h. zwei bis drei Büros zugleich mit derselben Aufgabe zu beauftragen, um so möglicherweise das kreative Potenzial voll auszuschöpfen?

Das WSA lehnte diesen Vorschlag mit Hinweis auf die beschränkten finanziellen Mittel und aus vergaberechtlichen Gründen zunächst ab. Die Mediatoren baten das WSA, im Namen des Forums trotzdem zu klären, ob vergaberechtlich die Möglichkeit bestehe, an zwei bis drei Büros im Sinne eines konkurrierenden Verfahrens zu vergeben.

Auf Bitte von Herrn Dohna sagte Herr Scholz zu, den Forumsteilnehmer/innen die Leistungsbeschreibung des WSA für die Plass-Beauftragung über die Mediatoren per Email zuzusenden.

Folgende Verabredungen zum weiteren Verfahrensablauf wurden vom Forum einvernehmlich getroffen:

Nach kurzer Diskussion einigten sich die Teilnehmer/innen darauf, dass **bis Freitag, den 09. Januar 2009** Ergänzungsvorschläge über die Mediatoren an die BI geschickt werden könnten.

Je nach Umfang der bis dahin eingegangenen Veränderungsvorschläge soll das modifizierte Anschreiben dann **ab etwa 14. Januar 2009** von der BI an infrage kommende Ingenieurbüros verschickt werden.

Die BI gehe davon aus, dass es sich bei den Vorschlägen überwiegend um Konkretisierungen und Ergänzungen handeln würde und bat darum, wenn die Leistungsbeschreibung gravierend verändert werden solle, dass dies in enger Zusammenarbeit mit dem WSA geschehen sollte. Sie bestätigte zudem, dass sie neugierig sei, ob sich überhaupt ein Büro melden werde.

Frühestens ab März 2009 könnten Ergebnisse aus einem solchen noch zu schließenden Planungsauftrag vorliegen.

5.3 Planungsstand Maybachufer

Zum Tagesordnungspunkt „Planungsstand Maybachufer“ gab es nichts Neues zu berichten.

5.4 Ergebnisse der Kernbohrungen

Frau Riemer berichtete, dass die Kernbohrungen an insgesamt fünf Stellen abgeschlossen seien:

Es sei jeweils ein Bohrkern entnommen worden. In der zweiten Kalenderwoche 2009 werde voraussichtlich der Laborendbericht dazu dem WSA vorliegen, so dass er dem Forum in seiner 14. Sitzung am 26. Januar 2009 vorgelegt werden könne. Bereits jetzt könne allerdings gesagt werden, dass die Qualität der Bauwerkssubstanz sehr mangelhaft sei, d.h. teilweise nur aus lockerem Schotter bestehe.

Auf Bitte von Herrn Lingenauber sagte Frau Riemer zu, den Bericht über die Untersuchungsergebnisse schon vor der Forumssitzung per Email über die Mediatoren an die Forumsteilnehmer/innen zu senden.

Auf die Frage von Frau Kleimeier, wann die Berechnungen von GuD vorliegen würden, antwortete Frau Riemer, dass damit etwa in der 4. Kalenderwoche 2009 zu rechnen sei.

Wenn alle Termine eingehalten werden, könnten die Ergebnisse dem Forum in der 14. Sitzung präsentiert werden. Die Forumsteilnehmer/innen wünschten sich einen frühestmöglichen Vorab-Versand auch dieser Unterlagen, den das WSA zusagte.

Herr Dohna erkundigte sich nach der Verortung und den Abständen der Kernbohrungen. Herr Hildebrandt erläuterte, dass die Bohrungen am Corneliusufer im Abstand von etwa jeweils 10 -15 m durchgeführt worden seien. Zu den Bohrungen an der Möckernbrücke ergänzte Frau Riemer, dass die Bohrungen in unregelmäßigen Abständen, d.h. nicht rasterartig, durchgeführt worden seien.

5.5 Stand Geophysikalische Untersuchungsmethoden

In der 12. Forumssitzung wurde beschlossen, dass von den hierfür benannten Personen Standorte zur Hohlräumuntersuchung ausgesucht werden sollten. Frau Riemer berichtete, dass dies stattgefunden habe, ausgesucht worden seien zwei Abschnitte:

- in Friedrichshain-Kreuzberg: Im Bereich Zossener Brücke.
- in Charlottenburg-Wilmersdorf: Einsteinufer.

Als Kriterium für die Auswahl habe u.a. die Befahrbarkeit der Abschnitte durch das Gerät zur Kampfmitteluntersuchung gedient.

Seitens des WSA werde derzeit die Aufgabenstellung erarbeitet für eine Beauftragung der Firma Wiebe und Prof. Weihs. Es sei vorgesehen, dass diese beiden Auftragnehmer ihre Untersuchungsergebnisse jeweils selbst validieren würden.

Herr Appel kritisierte die Vorgehensweise der Auswahl von möglichen Untersuchungsabschnitten und bemängelte, dass die TU nicht in die Beauftragung einbezogen wurde, wovon er sicher ausgegangen sei.

Frau Riemer erklärte, dass nicht klar sei, welchen Mehrwert eine Beauftragung von KUBUS/TU darstellen würde. Es ginge ihrer Ansicht nach um das Erkunden von Hohlräumen, nicht um die Untersuchung von Wurzelverläufen.

Herr Kessen fasste zusammen, dass für die Mehrzahl der Vertreter/innen des Auswahlgremiums die Auswahl der Abschnitte und der Auftragnehmer vereinbarungsgemäß abgelaufen sei, dass hingegen für Herrn Appel noch eine Lücke bestünde zwischen den Formulierungen im Protokoll und dem tatsächlichen Vorgehen. Es sei ein kleines Leck in der gemeinsamen Kommunikation festzustellen darüber, was in der letzten Forumssitzung dazu

gesagt und was gemeint wurde. Dieses hätte noch klarer herausgearbeitet werden können und erkundigte sich bei Herrn Appel, ob er mit der Standortauswahl leben könnte. Herr Appel stimmte dem zu.

Im Anschluss an die Pause fassten die Mediatoren die Diskussion anhand der drei zentralen Punkte zusammen:

- die Standortwahl der Untersuchungen: das Auswahlverfahren sei teilweise nicht transparent verlaufen, das Vorgehen sollte bei künftigen Vorhaben möglichen Interessierten besser vermittelt werden.
- Einbindung von Fa. Wiebe und Prof. Weihs in die Untersuchungen sei Konsens; unklar sei die Beteiligung der TU Bodenkunde.
- Klärung der nächsten Schritte des weiteren Vorgehens, da zu diesem Thema noch Unstimmigkeiten zu bestehen schienen.

Die Anwesenden äußerten Ihre Zustimmung zu dieser Zusammenfassung.

Nach einer kurzen weiteren Diskussion stellte Herr Kessen fest, dass kein Konsens mehr über die diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Forumssitzung herrschen würde bzw. dass einige Teilnehmer/innen diesen Konsens so nie gesehen hätten. Nicht fruchtbar sei in diesem Fall ein Beharren auf getroffene Beschlussfassungen, wenn sie denn nicht von allen gelebt würden. Da auf die Schnelle und mit Rücksicht auf die noch anstehenden Tagesordnungspunkte keine Einigung über die Beteiligung der TU Bodenkunde zu erwarten gewesen sei, wurde im Einvernehmen entschieden, dieses Thema abschließend im zuständigen Arbeitskreis zu behandeln.

5.6 Masterplan-Gedanke

Aufgrund der kurzfristigen Absage von Frau Kalepky wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

5.7 Weiteres Berichtenswertes

Herr Augsten informierte darüber, dass auf Grundlage einer Bestandserhebung Schnittmaßnahmen an Bäumen durchgeführt werden müssen, um das Lichtraumprofil für die kommende Saison der Schifffahrt herzustellen und zu gewährleisten. Er habe Fotos vorliegen, die mit einem Anschreiben an die betreffenden Bezirksämter versendet würden. Das Bezirksamt Neukölln habe bereits gehandelt.

Auf die Frage, ob zu den Schnittmaßnahmen der Baumgutachter hinzugezogen würde, wurde erwidert, dass dies vorgesehen sei, Herr Dr. Barsig bei einem ersten kurzfristig angesetzten Termin allerdings aus Zeitgründen noch nicht dabei sein konnte. Herr Kittelmann ergänzte, dass die durchzuführenden Maßnahmen allerdings nach einer gemeinsamen Begehung gemeinsam mit Herrn Dr. Barsig festgelegt worden seien.

Frau Riemer berichtete, das WSA werde den Betriebsdienst der Schleusen aus ausschließlich personellen Gründen von 13 auf 10 Stunden verkürzen. Die Schleusen werden in den Monaten April bis Oktober und von Montag bis Sonntag von 11:15 Uhr bis 20:45 Uhr geöffnet sein. Außerhalb der Öffnungszeiten gebe es weiterhin für die Fahrgastschifffahrt die Möglichkeit, die Schleusen per SMS zu bedienen.

6. Übersicht Interessensammlung

Herr Kessen stellte auf mehreren Flipcharts die überarbeitete Interessensammlung vor. Dabei handelt es sich um eine Auflistung all jener Aspekte, die den Beteiligten an der Mediation im Zusammenhang mit der Zukunft des Landwehrkanals jeweils wichtig sind. Herr Kessen erläuterte, dass zahlreiche Konkretisierungen und bedürfnisorientiertere

Formulierungen gegenüber bisherigen Interessenaufstellungen aus den Gesprächen stammen würden, die die Mediatoren wie angekündigt in der jüngsten Vergangenheit mit einzelnen Interessengruppen geführt hätten. Die vorliegende und ggf. noch zu korrigierende bzw. zu ergänzende Interessensammlung diene dann als Kriterienkatalog anhand dessen einzelne Sanierungsvarianten dergestalt bewertet werden können, ob sie den zentralen Interessen und Bedürfnissen des Forums gerecht werden.

Herr Kessen führte aus, dass die Liste den Teilnehmer/innen unmittelbar im Anschluss an die Sitzung per Email zugehen würde, um ggf. Korrekturen und Ergänzungen vornehmen zu können. Allerdings sollten bereits unmittelbar Verständnisprobleme, Unklarheiten oder Unrichtigkeiten besprochen werden. Herr Kessen bat deshalb die Forumsteilnehmer/innen, sich die einzelnen Punkte in Ruhe anzuschauen und ggf. miteinander zu diskutieren.

Frau Kayser äußerte den Wunsch, dass die vorliegende Sammlung ähnlich einer älteren Auflistung nach Themenkomplexen und Priorisierungen (vergleichbar mit Kür und Pflicht) sortiert würde. Gleichfalls forderte sie eine Präzisierung einzelner Punkte. Desweiteren war sie der Meinung, dass sich einige Punkte gegenseitig ausschließen würden. Einige Mitglieder des Forums äußerten darauf, dass dieses noch zu prüfen sei und wenn ja, an welchen konkreten Stellen. Herr Kessen ergänzte, dass bei der Entscheidung für einzelne Sanierungsvarianten an unterschiedlichen Abschnitten letztlich jede Interessengruppe eine eigene Gewichtung der Interessen vorzunehmen habe: was ist wem an bestimmten Abschnitten besonders wichtig?

Frau Fortwengel fand die Interessenliste hochinteressant, da sie spontan nicht zuordnen konnte, von wem welches Interesse kommen würde. Mit einem Lächeln fügte sie hinzu, dass diese Sammlung die alten Feindbilder aufheben würde.

Auf Nachfrage von Herrn Appel erläuterte Herr Kessen, dass jedwede Planung frühzeitig diesen Kriterienkatalog berücksichtigen müsse.

Die Forumsteilnehmer/innen gingen anschließend alle Punkte durch. Die Mediatoren notierten sich die Vorschläge zu einer besseren Verständnissicherung, um diese in die Liste einzuarbeiten. Im Rahmen dieser Diskussion wurden noch folgende Punkte diskutiert (Kleine und von allen akzeptierte Verbesserungsvorschläge werden im folgenden nicht mehr aufgeführt):

(Blatt 4)

Frau Kayser merkte an, dass der Wortlaut „Gleichberechtigung Umgebungsschutz und Denkmal“ irreführend sei, da es im Denkmalschutz eine klare Definition für den Begriff „Umgebungsschutz“ gebe und dieser habe einen anderen Stellenwert als das Denkmal selber.

Herr Appel betonte, dass es wichtig sei, beides zu beachten und die Umgebung des Denkmals nicht zu vergessen. In diesem Zusammenhang verwies er auf Beispiele für eine zunehmende Verschandelung der Umgebung durch nicht-denkmalgerechte Aufbauten auf den Uferböschungen, insbesondere an Anlegern.

Herr Kessen fasste zusammen, dass beide Aspekte eine wichtige Rolle spielen würden und bat Frau Kayser, eine Formulierung für den Punkt zu finden, welche nicht irreführend sei.

Frau Kleimeier forderte die Formulierung des Punktes „Vernetzung von Anlegestellen mit übrigem Verkehr“ zu ändern. Herr Dohna schloss sich ihrer Meinung an, da dieser Punkt so zwei Aussagen darstellen würde. Zum einen die Vernetzung der Anlegestellen mit dem ÖPNV und zum anderen die mögliche Verlärmung der Anlegestellen durch den Individualverkehr (z.B. durch Taxen). Herr Appel verlangte, nur ÖPNV zuzulassen und Individualverkehr zu verhindern.

(Blatt 6)

Frau Kleimeier erkundigte sich nach der Bedeutung des Punktes „Weitere Nutzungsmöglichkeiten der vorhandenen Flotten der Redereien“. Sie fragte sich, ob damit z.B. Hotelnutzung gemeint sein könnte. Herr Grondke klärte auf, damit sei die Bestandssicherung gemeint, d.h. die vorhandene Flotte weiter zu nutzen.

In diesem Zusammenhang erkundigte sich Frau Guttzeit nach der Lebensdauer von Schiffen. Daraufhin wurde ihr geantwortet, die ältesten Schiffe, die auf dem Landwehrkanal verkehren, seien 105 Jahre alt.

(Blatt 7)

Frau Guttzeit erkundigte sich nach den touristisch interessanten Monaten bei der Schifffahrt. Herr Freise erläuterte, dass die Hauptsaison von April bis Oktober liefе, langfristig aber auch die Weihnachtssaison angestrebt werde.

Weiterhin erläuterten die Vertreter der Reedereien, dass der „Einbahnverkehr auf dem Landwehrkanal“ aus ihrer Sicht oft große Umwege und Zeitverzögerungen mit sich bringen würde, wenn ein Schiff einen großen Bogen fahren müsse, um eine bestimmte Anlegestelle oder den Heimathafen zu erreichen.

Desweiteren erklärten sie, dass es für alle einen ökologischen Vorteil bringen würde, wenn sich die Schiffe z.B. an den Schleusen nicht stauen würden. Herr Grondke führte aus, dass die momentane Geschwindigkeitsbegrenzung auch Nachteile mit sich bringen würde, da eine bestimmte Geschwindigkeit notwendig sei, um die Langlebigkeit von Motoren zu sichern, ihre Emissionen möglichst gering zu halten und den Spritverbrauch zu senken. Darüber hinaus reduziere eine niedrige Geschwindigkeit die Manövrierbarkeit der Schiffe und fördere daher einen vermehrten Einsatz der Bugstrahlruder.

(Blatt 8)

Der Punkt „Flexible und individuelle Handhabungen von Einschränkungen“ bedeutet: wenn es zu Einschränkungen kommt, dann sollte es keine generellen Regelungen geben, sondern immer individuell angepasste.

(Blatt 9)

Frau Kayser verwies darauf, dass die Punkte „Erhalt (Instandhaltung) und denkmalgerechte Sanierung der Regelbauweise“ und „Freihaltung der historischen Brücken“ in Konflikt mit der Sicherung des Vegetationsbestands treten könne, da bei Instandhaltungs- und Freihaltungsmaßnahmen auch immer Vegetation entfernt werden müsse. Hierzu gab es die Anmerkungen des Forums, insbesondere von Frau Guttzeit, dass die Erhaltung des Vegetationsbestands „bestmöglich“ geschehen solle.

(Letztes Blatt)

„Nutzen von Synergieeffekten“ bedeutet: im Vorfeld einer Maßnahme sollte geklärt werden, welche weiteren Arbeiten dort zusätzlich und möglicherweise in einem Zuge zu erledigen sind, damit nicht nach Schließung eines Loches dieses kurze Zeit später wieder aufgebrochen werden müsse.

Die Mediatoren bekräftigten noch einmal, dass die vorliegende Interessensammlung als Kriterienkatalog alle Beteiligten darin unterstützen soll, zu gemeinsamen Lösungen und Regelungen zu gelangen und dadurch vermieden wird, dass starre Positionen ohne Lösungsspielraum aufeinander prallen.

7. Fortgang des Verfahrens

Da auf die Nachfrage, inwieweit sich die Forumsteilnehmer/innen Gedanken zum Fortgang des Verfahrens gemacht haben (Aufgabe an die Teilnehmer/innen bei der letzten Forumssitzung), sich zunächst niemand meldete, erläuterten die Mediatoren, wie aus ihrer Sicht die Mediation sinnvoll weitergehen sollte:

Zunächst gehe es darum, die Phase der Interessenklärung bald abzuschließen. Zu diesem Zweck seien ggf. noch mit weiteren Interessengruppen Gespräche zu führen. Darüber hinaus schlugen die Mediatoren vor, kleinere Gesprächs- und Arbeitseinheiten (Arbeitsgruppen zur Lösungsfindung) zu bilden, in denen konkrete Lösungsansätze für größere Abschnitte unter Berücksichtigung zentraler und wichtiger Interessen entwickelt werden sollen, die dann planerisch weiter verdichtet und konkretisiert werden müssten. Dabei sollen auch jene Abschnitte sichtbar werden, in denen es tatsächlich zu widerstreitenden Interessen kommt. Die jeweiligen Ergebnisse werden mit dem Forum rückgekoppelt und dort vernetzt. Die Abstände zwischen einzelnen Forumssitzungen wird sich dadurch vergrößern, da sich die Arbeit auf kleinere Einheiten verlagern wird.

Herr Rehfeld-Klein merkte an, dass er die Sammlung der Interessen als Grundlage ansehe, um jetzt die Kernkonflikte zwischen den einzelnen Punkten herauszuarbeiten. Diese sollten mit den betroffenen Trägern der Interessen durchdiskutiert und ausgehandelt werden. So könnte eine Annäherung der Interessenskonflikte erreicht werden, welche die Einarbeitung der Interessen in die Planung ermöglichen würde.

Herr Appel bemerkte, dass aus seiner Sicht eine Sammlung der Bürgerwünsche fehle. Sein Vorschlag sei, diese Interessen durch eine Abfrage zu erhalten. Frau Fortwengel wies darauf hin, dass nicht jeder Bürger das Bedürfnis habe sich zu beteiligen. Das sei zudem sehr unterschiedlich in den einzelnen Bezirken. Darüber hinaus hätte es bereits viele Möglichkeiten gegeben, seine Interessen einzubringen.

Herr Freise gab seiner Vermutung Ausdruck, dass es für viele Bürger/innen, die nicht unmittelbar am Kanal wohnen würden, keinen Bedarf geben würde, sich in das Mediationsverfahren einzubringen, da ihre Interessen sicherlich hier bereits abgedeckt würden. Er betonte, ihm sei sehr wichtig, dass die gemeinsame Arbeit in der Mediation zügig weitergehen würde, um schnellstmöglich zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen, da der Zustand der Mauer keine großen Verzögerungen zulassen würde.

Frau Voskamp betonte in diesem Zusammenhang, dass eine öffentliche Veranstaltung sicherlich sinnvoll sei, um einerseits die breite Öffentlichkeit über den Stand des Verfahrens zu informieren und um andererseits die Möglichkeit zu nutzen, noch wichtige Informationen aus der Bevölkerung für die nächsten Planungsschritte zu erhalten.

Frau Kayser schlug vor, den von Frau Riemer erstellten Prioritätenplan zu aktualisieren und mit einer Zeitschiene zu unterlegen. Ziel sei es, schnell zu einer Realisierungsvariante zu kommen, welche machbar und denkmalgerecht sei. Es sollten Übereinstimmungen bei größeren Abschnitten erarbeitet werden.

Herr Scholz unterbreitete den Vorschlag, einige Arbeitskreise wie z.B. „Sanierung“ und „Nachhaltige Schifffahrt“ zu schließen, um damit die vorhandenen Gremien zu reduzieren. Viele Teilnehmer/innen sprachen sich jedoch dafür aus, die Arbeitskreise weiter aufrecht zu erhalten, um sie bei Bedarf nutzen zu können. Die Mediatoren ergänzten, dass die Arbeitskreise nur dann einberufen wurden und weiterhin werden sollten, wenn sich eine entsprechende Notwendigkeit dafür ergeben hätte und würde.

8. Verabschiedung

Die nächste Forumssitzung findet am Montag, den 26. Januar 2009 um 16:30 statt.

Herr Kessen und Frau Voskamp bedankten sich bei allen Teilnehmer/innen und verabschiedeten die Forumsmitglieder.

Sie wünschten allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Die Sitzung endete um 21:40 Uhr.